„Der Courier"

Ein Organ deutschsprechender Canadier.
Erscheint jeden Mittwoch.

Herausgegeben von der
"WESTERN PRINTERS' ASSOCIATION, LIMITED",
J. B. Ehmann,
Geschäftsführender Direktor.
Bernhard Bohl, Redakteur.
Geschäftslokal: — 1835-1837 Halifax Straße, Regina, Sask.
Telephon 3391

Abonnementspreis (im voraus zahlbar):
Mittwochausgabe, 12—32 Seiten stark.

Für Canada: Ein Jahr, $2.50; sechs Monate, $1.25; drei Monate, 75c; ein Monat, 35c.

Für's Ausland: Ein Jahr, $3.50; sechs Monate, $2.00, drei Monate, $1.00; ein Monat, 50c.

Reklame kosten 70c per Zoll einspaltig. Bei größeren Kontrakten entsprechender Rabatt.

Kleine Anzeigen wie „Zu verkaufen", „Gesucht", usw.:
Für jede Anzeige 1 Zoll einspaltig 75c; für jede weitere Insertion 50c.
Für jede Anzeige 2 Zoll einspaltig $1.25; für jede weitere Insertion 90c.

„Die Stimme der Dominions"

Es gehört heute zum guten Ton und es ist in kurzer Zeit zu einer Modesache geworden, die Konferenz von Locarno und ihre „Ergebnisse" mit Lobeshymnen zu überschütten. Wir haben im „Courier" bereits mehr als einmal dargelegt, warum wir uns nicht zur Zahl jener Optimisten rechnen, die sich durch internationale Höflichkeitsbezeugungen, durch scheinbare Zugeständnisse an Deutschland, durch feierliche Friedensbeteuerungen blenden lassen. Der gesunde Menschenverstand sagt uns, daß man in Locarno nur Flick- und Stückarbeit geleistet hat, weil man sich mit Rücksicht auf gewisse nationalistische und kapitalistische Interessen in alliierten Ländern und in den Ver. Staaten scheute, die Wurzel des europäischen Uebels auszureißen. Das ganze europäische Kartenhaus ist auf einer ungeheuerlichen Lüge aufgebaut, nämlich auf der Lüge von der alleinigen deutschen Kriegsschuld, einer Lüge, die man durch das gewaltsam erpreßte deutsche Schuldbekenntnis im Versailler Vertrage verankert hat. Die Beziehungen unter den europäischen Nationen können erst dann wieder auf eine dauerhafte Basis gestellt werden, wenn man der Wahrheit und Gerechtigkeit den ersten Platz im Rate der Völker einräumt. Auf die anderen Gebieten für den europäischen Frieden, auf das Minderheitsproblem, auf die Reibflächen im Osten und Südosten usw. wollen wir gar nicht mehr näher eingehen.

Nun haben im englischen Unterhaus anläßlich der Debatte über die Locarno-Vertrage die Liberalen es bedauert, daß man nicht vor der Konferenz den Rat und die Billigung der britischen Dominions eingeholt habe. Der Staatssekretär des Auswärtigen, Herr Chamberlain, pedanterte in seiner Erwiderung die Unmöglichkeit einer vorherigen Beratung mit den Dominions. Doch solle ihre Stimme auf der nächsten britischen Reichskonferenz gehört werden.

Wir haben nichts dagegen einzuwenden, wenn auch „die Stimme der Dominions" in Fragen der britischen Weltpolitik in der einen oder anderen Form zur Geltung kommt. Aber diese „Stimme" sollte in London auch mit der nötigen Deutlichkeit es ein für allemal klar machen, daß die Dominions in ihrem wohlverstandenen Selbstinteresse manchmal andere Wege als die britische Regierung einschlagen müssen. Oder sollen die Dominions nur dazu gut genug sein, als Rückendeckung für Ernstfälle zu dienen?

Was Canada betrifft, so erfordern die Zusammensetzung seiner Bevölkerung aus Abkömmlingen der verschiedensten europäischen Nationen und die Notwendigkeit günstiger Handelsbeziehungen zu allen Verbrauchern seiner landwirtschaftlichen Produkte möglichste Zurückhaltung in Fragen des europäischen Kontinents. Jede einseitige Bindung an europäische Verträge kann Canada früher oder später einmal in Konflikt mit Mächten bringen, die uns hierzulande als Lieferanten unserer Einwanderer und als Abnehmer unserer Produkte nicht gleichgültig sein können. Noch mehr aber sollte Canada durch die oben geschilderte Unsicherheit der europäischen Verhältnisse vor jedem unüberlegten Schritte sich abhalten lassen.

Canada wird gerne in allen Fragen, die gemeinsame Interessen des britischen Reiches betreffen, mit London Hand in Hand gehen, aber es kann und darf seine Zukunft nicht leichtsinnig aufs Spiel setzen.

Das Feuer des Aufruhrs im Orient

Aus den über ganz Syrien bisher zerstreut aufgetretenen Unruhen scheint sich jetzt eine regelrechte revolutionäre Bewegung entwickeln zu wollen, die gegen die französische Mandatsherrschaft gerichtet ist. Die Führer der Drusen beschuldigen die französischen Behörden, den Versuch zu machen, einen religiösen Krieg zu schüren.

Die dortigen Europäer verurteilen die angebliche Handlungsweise der Franzosen, die christliche Zwölften an der syrischen Küste des Mittelländischen Meeres bewaffnet haben und sie nach dem Innern des Landes schicken sollen, um sich den vorrückenden Drusen entgegenzuwerfen. Nach Ansicht der Europäer werden dadurch die alten religiösen Vorurteile wieder entflammt und der Aufruhr ins religiöse Gebiet gelenkt.

Die Drusen, die weder Christen noch Mohammedaner sind, sondern sich zu einer eigenen mystischen Mischreligion bekennen, die sie die unitarische heißen, haben schon oft gegen ihre christlichen Nachbarn, die Maroniten, blutige Kriege geführt. Kürzlich hieß es, daß die Mohammedaner die Drusen bewogen hätten, mit ihnen gemeinsame Sache zu machen, um die Fremdherrschaft abzuschütteln. Beschlagnahmte Flugblätter erklären, daß die Befreiungsstunde für Arabien und Nordafrika vom französischen Joche geschlagen habe, daß die Mohammedaner von Tanger bis Shanghai ihre Unterdrücker bald angreifen, die syrischen Brüder dem Beispiele der Rifleute, der Türken und Chinesen folgen und die Angehörigen der fremden Nationen, die die Einheimischen versklaven, aus dem Lande vertrieben werden. In einer der dem „Zentralkomitee für die Befreiung von Nordafrika" herausgegebenen Flugschrift, die unlängst konfisziert wurde, wird die Bevölkerung von Damaskus zu dem Versuch der Revolution gegen die Franzosen beglückwünscht und hinzugefügt: „Die Geduld der Araber ist erschöpft, das Feuer der Revolution brennt in hellen Flammen. Ihr habt als brave Mohammedaner gehandelt. Tod ist dem fremden Joch vorzuziehen. Araber haben nie das Schwert aus der Hand gegeben, bevor sie nicht frei waren."

Die hier lebenden Europäer erklären nun, daß die Franzosen durch ihr Vorgehen Oel ins Feuer gießen. Führer der Mohammedaner äußern sich, daß sie nicht imstande seien, den Christen weiterhin Schutz zu gewähren, wenn die Franzosen fortfahren, Freiwillige unter der christlichen Bevölkerung der Aufruhrgebiete zu bewaffnen. Die Imams (Vorbeter und Prediger in den Moscheen) wurden am letzten Freitag, dem mohammedanischen Bettag, in den Moscheen ausgezischt, als sie die Gläubigen aufforderten, der französischen Regierung loyal zu sein.

Von Sidon wird berichtet, daß ein hoher französischer Beamter das Hinterland bereist und die dort lebenden Maroniten und Griechisch-Orthodoxen auffordert, gegen die Drusen zu kämpfen. In der Tripolis wird bemerkt, daß jedenfalls der von den Franzosen angestrebte Widerstand der christlichen Bevölkerung gegen die Drusen, deren Stärke täglich zunehme, für die Plünderung und das Niederbrennen christlicher Dörfer verantwortlich sei.

Die Drusen sollen den Berichten zufolge in ihrer Kriegführung die Methode befolgen, jenen Städten oder Dörfern, die ihnen einen Tribut zahlen oder Waffen liefern, zu gestatten, neutral zu bleiben. Im Falle eines Widerstandes werden die Häuser der sich auflehnenden Bevölkerung in Brand gesteckt. Dies soll das Schicksal der Ortschaften Kanfaba, Dschedeideh und Rebetiah gewesen sein. Die Insurgenten, deren jetzige Stärke auf 20,000 bis 25,000 Mann geschätzt wird, haben ihr Hauptquartier in Hasbeija, 36 Meilen westlich von Damaskus, aufgeschlagen.

In ganz Syrien sollen sich 30 französische Infanteriebataillone und 5 Kavallerieregimenter befinden. In den letzten 14 Tagen soll eine Verstärkung von bloß 1000 Mann eingetroffen sein und in den afrikanischen Kolonien ist man sehr beunruhigt. In Damaskus wird ein neuer Aufstand befürchtet und große Mengen von Flüchtlingen treffen von dort in Beirut ein.

Der „Locarnogeist"

Das britische auswärtige Amt veröffentlicht eine amtliche Korrespondenz, welche die kürzlichen Verhandlungen der Botschafterkonferenz mit Deutschland enthält. Es wurde nicht allein beschlossen, die Räumung von Köln oder der ersten Zone bis zum 10. Februar zu vollenden. In Kürzem sollen auch die Besatzungstruppen in der zweiten und dritten Zone herabgesetzt werden, um der Stärke der deutschen Garnisonen vor dem Krieg zu entsprechen. Ferner werden viele Kriegsverordnungen abgeschafft und die Zuständigkeit deutscher Gerichte wird wiederhergestellt, außer in Fällen von ausgesprochen militärischer Art. Die Schriftstücke besagen, daß die Alliierten, indem sie auf diese Weise Vertrauen zu den guten Absichten der deutschen Regierung des Volkes bekunden, eine Erwiderung dieses Vertrauens erwarten. Die hauptsächlichen Schriftstücke sind zwei Noten, welche der französische Außenminister Briand am 14. und 16. November im Namen der Konferenz zeichnete. Eine der Noten kündigt den Entschluß an, in den besetzten Gebieten alle Erleichterungen einzuführen, welche mit dem Vertrag von Versailles verträglich sind. Die Rheinlandkommission, heißt es in der Note, sei zur Gewährung von Amnestie in großem Maßstab bereit, wenn Deutschland für die Behandlung von Personen, welche mit den Besatzungsarmeen Beziehungen unterhalten, befriedigende Zusicherung gibt. Nach der Note vom 16. November vermerkt die Botschafterkonferenz mit Genugtuung, daß frühere Verhandlungen zu einem vollständigen Einvernehmen über noch strittige Punkte geführt haben. Die Räumung beginnt am 1. Dezember. Sollte sie wegen technischer Schwierigkeiten nicht bis 31. Januar vollendet sein, so bleiben nur kleine Abteilungen zurück, die ebenfalls spätestens bis 20. Februar zurückgezogen werden.

Feierliche Unterzeichnung der Verträge

Die Unterzeichnung der Locarno-Verträge wird sich am 1. Dezember unter großen Feierlichkeiten in dem historischen Empfangszimmer des Auswärtigen Amts zu London vollziehen, das seit den Tagen der Königin Viktoria, außer in der Kriegszeit, nicht mehr in Benutzung war.

Der Saal wird jetzt für diese Gelegenheit in Stand gesetzt. Maler, Tapezierer, Polierer, Möbelschreiner und Anstreicher sind jetzt in dem Saale an der Arbeit. Namentlich bedarf der Parkettfußboden des Saales der Auffrischung, da er während des Kriegs viel Tintenflecke bekommen hatte. Der Saal diente nämlich in jenen Tagen als Bureau für Schreiber und Stenographistinnen.

An das Empfangszimmer reiht sich ein Bankett- und ein Ballsaal. Zu den erlauchtesten Gästen und hervorragenden Persönlichkeiten aus allen Ländern der Erde, die dort vor der Regierung Edwards XII. empfangen wurden, hat auch der frühere deutsche Kaiser gezählt.

Vielfach war angeregt worden, die Unterzeichnung der denkwürdigen Schriftstücke in einem glanzvolleren Gebäude, wie Westminster Palace oder Buckingham Palace vollstehen zu lassen; doch ist die Regierung auf diese Anregung nicht eingegangen.

Die Delegaten der Signaturmächte und eine kleine Gruppe hervorragender Persönlichkeiten werden sich am 1. Dezember um 11 Uhr 15 vormittags in dem Empfangszimmer einfinden, worauf man sofort zur Unterzeichnen schreiten wird, was, wie man glaubt, mindestens zwei Stunden in Anspruch nehmen dürfte.

Nachher veranstaltet der Lord Mayor zu Ehren der Delegaten und ihrer Damen ein Luncheon in Guild Hall.

Am Abend gibt der König und die Königin den Gästen ein Bankett im Buckingham Palace. Es wird dies das erste Mal seit dem Jahre 1910 sein, daß Vertreter Deutschlands in solcher Weise von dem britischen Königspaar ausgezeichnet werden.

Weltumschau

Deutschland.

Präsident v. Hindenburg soll sich, wie hier mit Bestimmtheit verlautet, gegen seine eigenen Parteigenossen, die Nationalisten, wegen der Opposition gegen den Locarno-Vertrag gewandt haben. Er soll, in einem vertraulichen Gespräch mit einem demokratischen Politiker die Reaktionären seiner Partei mit einem „Stier in einem Porzellanladen" verglichen und gesagt haben: „Zuerst versichern sie mir, daß ich ihr Wortführer sei, und dann finde ich mich alleinstehend, meine Stellung bedroht." Man hofft, daß die Bekanntmachung der Konzessionen der Alliierten dazu beitragen wird, den letzten Rest des Mißtrauens gegen den Locarno-Vertrag unter dem deutschen Volke zu zerstreuen.

Reichspräsident von Hindenburg machte seine erste formelle Aeußerung zu den Verträgen von Locarno anläßlich eines von der hessischen Regierung ihm zu Ehren veranstalteten Empfanges in Darmstadt. „Lasset uns hoffen," sagte der Reichspräsident, „daß unsere schwerste Zeit vorüber ist und daß die in Locarno begonnenen Unterhandlungen zur Befreiung des besetzten Gebietes, einschließlich Dessens, von seinen schwersten Bürden und zur Wiederherstellung seiner Aktionsfreiheit, die zum Leben unerläßlich ist, führen werden."

Der Enthusiasmus, mit dem Präsident v. Hindenburg auf seiner Reise durch Süddeutschland überall empfangen wurde, erreichte seinen Höhepunkt bei seiner Ankunft in Frankfurt. Zwanzigtausend Schulkinder beteiligten sich an dem Empfang vor dem alten Römer, dem historischen Rathaus, in dessen Kaisersaal sämtliche deutschen Kaiser des Mittelalters gekrönt wurden. Als der Präsident auf einem Balkon des Gebäudes erschien, brausten ihm aus tausenden und abertausenden von Kehlen die herrlichen Töne der deutschen Nationalhymne „Deutschland, Deutschland über Alles!" entgegen. Später wurde dem Präsidenten auf seinen besonderen Wunsch das städtische Stadium und das athletische Feld gezeigt, die zu den großartigsten Anlagen dieser Art in ganz Deutschland gehören.

Der Nationalist Traub interpellierte im bayerischen Landtag die Regierung über Paragraph 16 des Ligapaktes. Er wollte wissen, ob Deutschland unter dem Abkommen von Locarno auf Grund dieses Paragraphen verpflichtet wäre, einem etwaigen Gegner Rußlands Truppen und Waffen zur Verfügung zu stellen und den Durchmarsch seiner Streitkräfte durch Deutschland zu gestatten. Die Regierung antwortete, daß Deutschland in Locarno keine derartigen Verpflichtungen übernommen habe.

Die Leiche von Kapitän Baron von Richthofen, des bekannten deutschen Fliegers aus dem Weltkriege, der im Gebiete der Somme im Jahre 1918 in Frankreich „abgeschossen" wurde, wurde nach Deutschland gebracht und wurde am Freitag in Berlin unter gebührenden Ehren wieder bestattet. Von Richthofen war früher Ublanen-Hauptmann. Während des Krieges hat er 80 feindliche Flugzeuge abgeschossen.

Der Ausschuß für östliche Angelegenheiten des preußischen Landtages hat beschlossen, die Reichsregierung zu ersuchen, auf eine Revision der Grenze zwischen Ostpreußen und Polen zu dringen. Das Komitee erklärt, daß die jetzige Grenze den Bestimmungen des Versailler Vertrages widerspricht und daß der Mittelpunkt des Weichselflusses die Grenze bilden sollte.

Auf ihrem in Cassel stattgefundenen Parteitage nahm die Zentrumspartei eine Resolution an, in der sie sich einstimmig für die Anerkennung der Republik, wie in der Weimarer Verfassung festgelegt, bekannte. Einen dramatischen Augenblick brachte die Versöhnung zwischen Dr. Joseph Wirth und seiner Partei, durch welche der Bruch des früheren Reichskanzlers mit seinen Parteikollegen im Reichstage endgültig beseitigt ist. Dr. Wirth erntete lauten Beifall, als er seine Absicht kundgab, in den Reihen der Partei weiterzuarbeiten. Der Führer der Partei, der frühere Kanzler Wilhelm Marx, eilte auf Wirth zu und drückte ihm die Hand, während die Delegaten in Beifallsrufe ausbrachen. Dr. Wirth trennte sich im September ds. Js. von der Reichstagsfraktion der Zentrumspartei, indem er sich gegen die scheinbare Orientierung des Zentrums nach rechts erklärte und besonders die Mitfolgschaft des Zentrums für die neue Zollpolitik verurteilte.

Frankreich.

Die britischen Bestrebungen auf Abschaffung der Tauchboote finden in Frankreich wenig Beifall. Eine Erklärung aus dem Marineministerium sagt, Frankreich sei zur Teilnahme an einer Konferenz zur Besprechung der Unterseebootseinschränkung bereit. Zugleich wird aber betont, daß Frankreich das U-Boot für die „Seele" des französischen Marinewesens hält. Die französische Regierung, sagte ein Beamter, ist der Ansicht, daß die Frage der Abschaffung des Tauchbootes bisher nicht unter den Regierungen aufgenommen wurde. Wenn eine Beschränkung des Tauchbootes gewünscht wird, so sollte eine der Washingtoner Abrüstungskonferenz ähnliche Versammlung einberufen werden.

Rußland

Für die russischen Industrien und die Landwirtschaft war das Jahr günstig. Die Industrien, die voriges Jahr nur 40 Prozent der Produktion vor dem Krieg hervorgebracht, sind auf 70 Prozent des Betrages vor dem Krieg emporgekommen. Selbst dieser Betrag genügt für die Warenbedürfnisse des Landes nicht. Nur Mangel an Kapital, um neue Fabriken zu bauen und einzurichten, verhindert die Industrien an der Erreichung und selbst Uebertreffung der Vorkriegsstufen. Die russische Ernte ist dieses Jahr weitaus die beste seit der Revolution. Das gesamte Getreideerträgnis wird auf 2,460,000,000 Bushels veranschlagt im Vergleich zu 1,650,000,000 Bushels im letzten Jahre. Damals bildete die Dürre in den unteren Wolgaprovinzen und in der Ukraine ein schweres Hemmnis für landwirtschaftlichen Fortschritt. Im Hinblick auf die Ernte scheint es sicher, daß Rußland in diesem Jahre verschiedene Millionen Tonnen von Getreide ausführen wird.

Deutschland wird in nächster Zeit Bestellungen für Lieferung von Bergwerksmaschinen im Werte von $30,000,000 von der Soviet-Regierung erhalten. Eine Abordnung deutscher Geschäftsleute und Bergbauingenieure ist in Moskau angekommen, um den Umfang und die Art der notwendigen Ausrüstung festzustellen.

Die Regierung plant elektrische Triebkraft für den „Südlichen Erztrust", einen der mächtigsten Wirtschaftsverbände der Ukraine, der 73 Prozent der gesamten Erzgewinnung Rußlands liefert. Neue Aufzüge und andere Transportmittel, Pumpwerke, Kompreßmaschinen und pneumatische Einrichtungen sollen für 72 Bergwerke des Erztrusts, der Maschinenbetrieb soll auch in den Nikopol-Mangan-Eisenlagern eingeführt werden, die 20 Prozent der russischen Gesamtproduktion dieses Metalls liefern. Die Kosten der Maschinenankäufe werden durch die kürzlichen Kredite, die der Soviet-Staatsbank von deutschen Finanz-Instituten gewährt wurden, gedeckt werden.

Das Obergericht in Leningrad verhängte Todesstrafen über zwölf frühere Hafenbeamte von Leningrad wegen Veruntreuung staatlichen Eigentums. Nur 18 von 123 kleineren Hafenbeamten, Privathändlern und Kommissionsagenten, die der Beteiligung an der Mißwirtschaft beschuldigt waren, wurden freigesprochen. Die anderen wurden zu Gefängnisstrafen von 1 bis 6 Jahren mit gleichzeitiger Beschlagnahme ihres Eigentums verurteilt. Nach Darlegung des Staatsanwalts sind Baumaterial und anderes Staatseigentum im Werte von $1,000,000 von den ungetreuen Beamten heimlich verkauft und die unredlichen Gewinne untereinander verteilt worden.

Zu Ehren des russischen Naturforschers Popoff läßt das Kommissariat für Posten und Telegraphen zwei neue Briefmarken drucken, welche in Esperanto die Inschrift „Dem Radio-Erfinder Popoff gewidmet" tragen. Eine Sorte für 7 Kopeken ist hellblau, die andere, 11 Kopeken, hellgrün.

Ungarn.

Prinzessin Chika starb in Hrotzwardein beim Reinigen von ein paar Handschuhen den Flammentod. Sie benutzte Benzin und stand dicht bei einem Feuer. Die Handschuhe gerieten in Brand. Hände, Gesicht und das lange Haar in Flammen, stürzte die Prinzessin, eine lebende Fackel, in das Zimmer ihres Mannes, wo eine Decke über sie geworfen wurde. Die Hilfe kam aber zu spät, nach wenigen Minuten schrecklicher Schmerzen starb die Unglückliche. Sie war die ehemalige russische Prinzessin Romanow, 23 Jahre alt.

Rumänien.

Die rumänische Regierung hat der Tschecho-Slowakei und Jugo-Slawien Vorschläge zur Abhaltung einer Konferenz der „Kleinen Entente" in Belgrad unterbreitet. Als Datum der Konferenz wird der 20. November genannt. Die Möglichkeit hierfür wird in den veränderten Verhältnissen gesehen, welche die Abkommen von Locarno und der erwartete baldige Eintritt Deutschlands in den Völkerbund für die „Kleine Entente" bedeuten. Die rumänischen Vorschläge weisen darauf hin, daß die Annahme eines Sicherheitsvertrages für den Balkan zwischen den Mächten der „Kleinen Entente" sofort verhandelt werden sollte, um Zwischenfälle wie den kürzlichen bulgarisch-griechischen Konflikt zu verhindern.

Militär-Kommissionen von Polen, Tschechien, Jugo-Slawien und Rumänien tagen gegenwärtig in Bukarest und besprechen die Durchführung einiger Bestimmungen zwischen den Generalstäben der Verbündeten, sowie gemeinsame strategische Pläne, Gleichmäßigkeit der Rüstungen und Armee-Reglements. Die angestrebten Vereinbarungen sollen die gemeinsame Versorgung mit Waffen und Munition, zusammenhängende Verteidigungspläne und gemeinsamen Nachrichtendienst erleichtern. Alle Besprechungen werden streng geheim gehalten. Die Mitglieder der Kommissionen haben sich nach St. Cato zu einem Besuch bei König Ferdinand begeben.

Polen.

Das polnische Kabinett des Ministerpräsidenten Grabski hat resigniert. Für den Rücktritt werden Meinungsverschiedenheiten zwischen den Ministern und der Bank von Polen über die Methoden zur Stabilisierung des Zlotykurses verantwortlich gemacht.

Tschechoslowakei.

Die ersten Meldungen von dem Ergebnis der Parlamentswahlen deuten an, daß die Regierungskoalition die Stellung, die sie in dem zerfallenen Parlament einnahm, behauptet hat. Die Sozialisten siegten in der Stadt Prag. Der Wahlkampf war mit großer Erbitterung geführt worden. Die Beziehungen zwischen Kirche und Staat war die Hauptstreitfrage.

Eine Ueberraschung bildet das Resultat der Wahl in Mies (Brunn), der Hauptstadt Mährens. Sie war vor dem Kriege fast ausschließlich deutsch. Heute sind dort 75,000 tschechische und nur 32,000 deutsche Stimmen abgegeben. (Das zeigt deutlich von welchem „Erfolg" die von den Tschechen betriebene Verdrängung der Deutschen begleitet ist.)

Bulgarien.

Madjaviow, der Bürgermeister von Sofia und ein Sohn des bulgarischen Diplomaten Michael Madjaviow, wurde von einem früheren städtischen Angestellten namens Tomoff, der unlängst aus dem Dienst entlassen worden war, erschossen. Der Mörder beging nach vollbrachter Tat Selbstmord. Die Mordtat rief die größte Erregung in Sofia hervor, zumal Bürgermeister Madjaviow äußerst beliebt und wegen seiner vorzüglichen Amtsführung hoch geachtet war. Er war 1878 den Polen, den er beleidete, verhältnismäßig jung. Nach dem Weltkrieg hatte er die diplomatische Laufbahn eingeschlagen und Polen bei der Gesandtschaft in London und Warschau bekleidet. Zum Bürgermeister Sofias war er im vergangenen April erwählt worden. Der Vater Madjaviows war einer der führenden bulgarischen Staatsmänner vor dem Kriege. Er war Gesandter in Rußland und Großbritannien und mehrmals bulgarischer Minister. Vor dem Eintritt Bulgariens in den Krieg an der Seite der Mittelmächte neigte er den Alliierten zu.

Großbritannien

Im Unterhaus gab Premier Baldwin die Erklärung ab, die Regierung werde noch in dieser Session eine Vorlage einbringen lassen, für besseren Schutz britischer Industrien. Dies würde die Einführung weiterer Schutzzölle zu bedeuten haben.

Als Präsident des Handelsministeriums gab Sir Philip Cunliffe Lister Andeutungen über die verschiedenen Warengattungen, die unter Erwägung genommen worden seien in Betreff etwaiger Zollerhöhung. Hierbei erwähnte er Packpapier, Besen und Bürsten, emaillierte und Aluminium-Hohlwaren, Schmiedewerkzeuge, Handschuhe, Messer und Gasstrümpfe.

Die Opposition eröffnete sofort einen scharfen Angriff auf die Regierung. Zum Anlaß nahm sie den Antrag des Premiers, den Regierungsgeschäften den Vorzug zu geben vor anderen Angelegenheiten.

Hierzu bemerkte der Arbeiterführer Ramsay Macdonald, seine Partei sei gegen Verlängerung der Sicherheitsgesetzes. Auch verlange sie Aufklärung über die Politik in Irak und Mosul. Ferner fordere sie eine Erklärung in Betreff der vielbesprochenen New Yorker Rede des Brigadegenerals Charteris, worin dieser von der während des Krieges für Propagandazwecke in Umlauf gesetzten Geschichte gesprochen hatte, daß die Deutschen die Leichen ihrer gefallenen Soldaten, um dem Mangel an Fettstoffen vorzubeugen, nach Fettsiedereien schafften, um dort für Fettgewinnung verwendet zu werden. Andere Mitglieder der Opposition beteiligten sich an der Debatte, doch gelangte der Antrag des Premiers mit einem Votum von 285 gegen 121 Stimmen zur Annahme.

Das Unterhaus genehmigte ferner mit 375 gegen 13 Stimmen den Sicherheitsvertrag von Locarno.

Ramsay MacDonald, der frühere Arbeiterpremier, und Lloyd George lobten beide Chamberlain's Haltung, welche die Sache des Friedens bedeutend gefördert habe. Die meisten Anhänger von MacDonald stimmten mit der Regierung, manche enthielten sich jedoch der Abstimmung.

Vom Völkerbund.

Der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund dürfte das Ligaprogramm für eine Abrüstungskonferenz eher verzögern als beschleunigen. Das Gleiche gilt für zwei andere Hauptpläne der Liga, eine internationale wirtschaftliche Konferenz sowie eine Pressekonferenz zum Zweck moralischer Entwaffnung. Den ersten Plan schlug Frankreich vor, den zweiten Senator Ganez von Chile.

Der Eintritt Deutschlands ändert die Stellung der Liga gegenüber Europa gründlich. Da Deutschland als eine der Hauptmächte und mit einem Sitz im Rat in den Bund tritt, so erscheint die Behandlung der ganz Europa angehenden Fragen nicht angezeigt, bevor Deutschland in der Lage ist, seinen Gesichtspunkt darzulegen und mitzuwirken.

Vor Januar kann Deutschland nicht in die Liga zugelassen werden. Nach dem jetzigen Plan wird der Rat daher im Dezember alle diese Fragen bis zu der Märztagung verschieben. Wenn Deutschland inzwischen beitritt, so können im März die drei Fragen unter seiner Mitwirkung behandelt werden.

Eine Lockspeise für Rußland

Ein zweites Locarno, wobei ganz Europa mit Rußland einen Vertrag eingeht zum großen Nutzen für Beide, wurde von dem belgischen Außenminister Vandervelde in einer Rede in der belgischen Deputiertenkammer gewünscht.

Die Bezugnahme des Ministers Vandervelde auf Rußland entfachte eine scharfe Kritik der Locarno-Verträge seitens der Kommunisten, die erklärten, die jetzigen Ankündigungen seien zumeist gegen Rußland gerichtet.

Minister Vandervelde erklärte, Locarno wäre offen dem Dawes Plan unmöglich gewesen. Von dem Rheinland-Sicherheitspakt sagte er, dieser habe keinen offensiven Zweck gegen irgendjemand. Er trete an Stelle eines einseitigen Systems. Seine Bedeutung läge in der Verkündung der ungeheuren Friedenssehnsucht der europäischen Völker durch den Mund jener Staatsmänner, welche die Urheber der Verträge waren.

In Verbindung hiermit kam Minister Vandervelde auf die Abrüstungskonferenz zu sprechen, von der er sagte, sie müsse jetzt als die Hauptaufgabe aller betrachtet werden. Hierzu bemerkte er jedoch:

„Ich will jedoch klar machen, daß es eine gefährliche Selbsttäuschung wäre, wollte man glauben, daß es möglich sei, einseitig ein reiches starkes Volk wehrlos zu machen, während treibere Feinde schwer gerüstet bleiben. Sicherheit ist nur möglich mit einer allgemeinen, angemessenen und gleichzeitigen Abrüstung."

Weiter erklärte Minister Vandervelde, die Haltung der Deutschnationalen zu den Locarno-Verträgen sei bedauerlich. Er sagte, er verbehle jedoch voller Zuversicht, daß die friedvertragte Gesinnung Deutschlands durch politische und wirtschaftliche Mäßigung inspiriert worden sei und durch das wirklich Friedenswollen des Reichskanzlers Luther und des deutschen Außenministers Stresemann.

Diktator Mussolini

Premier Mussolini wünscht allein dem italienischen König für seine Handlungen verantwortlich zu sein. Weder das Abgeordnetenhaus noch der Senat sollen eine Frage, die er nicht gebilligt hat, in ihr Programm aufnehmen. Vorlagen zur Ausführung der Wünsche des Premier werden in Kürze in der Deputiertenkammer eingebracht. Er nennt seine Wünsche den ausgesprochenen Willen der faszistischen Revolution.

In einer Rede vor der Kammer sagte Mussolini, in der ganzen Welt bestehe ein Gefühl, daß das parlamentarische System in der Vergangenheit gut war. Allein für die Bedürfnisse der modernen Gesellschaft genüge es nicht. Die volle Ehre für die Schuldenregelung in Washington, bemerkte der Premier, gebühre der Faszistenherrschaft. Diese Herrschaft sei so tief begründet, daß sie ohne Führer weiter bestehen könne, einschließlich ihn selbst.

Ueberall in der modernen Gesellschaft, fuhr er fort, hält man es für nötig, die Grundsätze der Ordnung und Disziplin tatkräftig wiederherzustellen. Ohne sie geht die menschliche Gesellschaft dem Wirrwarr und Untergang entgegen. Diese Grundsätze sind nicht blos für Italien, sondern für alle gesitteten Länder nützlich. Wenn nötig, werden wir immer mehr Disziplin auferlegen, bis wir sicher sind, auf einer festen Grundlage für das Jahrhundert zu stehen, welches das Jahrhundert italienischer Macht sein wird.

Französischer Nordpolflug?

Das französische Marineamt plant im Frühjahr eine Nordpolerpedition und in deren Gefolge einen Aeroplanflug vom Pol nach New York. Die Expedition wird vom Marinedepartement ausgerüstet und bemannt und mit allen wissenschaftlichen Apparaten versehen und soll den Namen „Französische Luftmission nach dem Nordpol" führen.

Die Abfahrt soll zu Ende April von Dunkirchen, Frankreich, erfolgen, worauf auf Spitzbergen eine Station errichtet werden soll. Die mitgeführten Seeflugzeuge werden mit Autoschlitten versehen, so daß sie auf dem Wasser und auf dem Eise verwendbar sind. Auf diese Schlitten bauen sich große Hoffnungen für das Gelingen der Expedition auf. Die Schlitten sind von Kapt. Sverdrup, dem ehemaligen Befehlshaber des Polarschiffes „Fram", konstruiert. Sie sollen 6 Tonnen tragen und eine Schnelligkeit von 15 Meilen entwickeln können. Ihr innerer Mechanismus wird geheim gehalten. Die Schlitten sind dazu bestimmt, zwei Seeflugzeuge, 16 Mann, allen nötigen Proviant und alle Bedarfsartikel von Kings Bay, Spitzbergen, nach dem Nordpol zu bringen. Nach Ankunft am Pol unternehmen 6 Mann den Flug nach New York, während die Übrigen das Polargebiet erforschen wollen. Diese unterstehen dem Befehl von Kapt. Sverdrup.

New York glaubt man in zehn Etappen und zwar am 1. August erreichen zu können. Wie verlautet, werden die Majore Arnold und Hunsleh vom amerikanischen Armeedienst mit den französischen Fliegern zusammenarbeiten.

Die Kosten der Expedition werden auf etwa $120,000 geschätzt. Chef der Expedition wird der Marinekapitän Commander Sales sein.

Die Schatten der Vergangenheit sterben nicht im Verschwinden, sondern im Bekennen.

* * *

Der Mißerfolg ist ein großer Erzieher: Die Jünglinge, die sich nur an ihm ärgern, vernichtet er allmählich, seien aber, die sich von ihm belehren lassen, weist er den Weg zu erfolgreichem Ziele.

* * *

Wer sein Vaterland nicht kennt,
Hat keinen Maßstab für fremde Länder.
Joh. Wolfg. von Goethe.

* * *

— Es gibt keine Weisheit, die ihre Wurzeln nicht in dir selber hat.

* * *

— Es gibt nur zwei Mittel, über das Schicksal Herr zu werden: entweder ihm furchtlos mit festem Griff den Nacken beugen, oder seinen Streichen und Verfolgungen Lachen, eine verachtungsvolle und heitere Gleichmütigkeit entgegensetzen.

FILM